

Beilage zu Nummer 113 der Volksstimme.

Montag den 17. Mai 1915.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 17. Mai 1915.

Die Sparkassen der Konsumvereine.

Es liegt in der Eigenart der Sparkassen begründet, daß Entwicklung, Zustrom und Abfluß der Einlagen mehr weniger der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Zeit folgen. Wir sagen damit durchaus nichts Neues, sondern nur, daß die Sparkassen der Konsumvereine, vor allem solche kleiner Leute, sind Notgrößen, in günstigeren Tagen in kleinsten Beträgen zusammenzuhalten werden, um für Zeiten der Not einen Rückhalt zu haben. Bei günstigen Erwerbsverhältnissen steigen die Einlagen, bei verminderter Erwerbsgelegenheit sinkt das Sparen, wenn die Verhältnisse es notwendig machen, wird dann dem Vorhandenen gezebert. Zu Beginn des Krieges wurde die Anzahl industrieller Unternehmungen vorübergehend vermindert. Wo weitergearbeitet wurde, fand teilweise eine Reduktion der Lohnsätze statt. Natürlich war unter solchen Verhältnissen die Spargnützlichkeits vieler kleiner Leute nur gering. Zum anderen wurde die Zahl der regelmäßigen Einlagen durch die umfangreichen Einberufungen zum Heere beträchtlich vermindert. Sogar kam, daß die Lebensmittelpreise im Preise stiegen und manche Familie, die gewohnt war, in den Sommermonaten etwas zurückzulegen, jetzt sorgfältig rechnen mußte, um nur mit den Einnahmen auskommen zu können.

Die Sparkassen sind allgemein sehr empfindlich. Besonders in politisch bewegten Zeiten, hören den normalen Betrieb. Bedeutenden Ereignissen gehen aber stets außerordentlichen Verleumdungen voraus. Nie wird weiß zunächst etwas Bestimmtes, aber gerade die Unklarheit ist ein fruchtbarer Nährboden für die schmerzhaftesten Kombinationen. Der kleine Sparer, der seine mühsam zusammengebrachten Ersparnisse wie ein Heiligtum bewacht, erträgt solche Erschütterungen nicht. Er wird kopflos. In seiner lebhaft bewegten Phantasie sieht er die Einlagen bereits in Gefahr. Die Sparkasse dünkt ihm nicht sicher genug, er entschließt sich leicht, seine Ersparnisse ganz oder zum Teil abzudecken. Von diesem Schicksal wurden die kleinsten Sparkassen betroffen.

In den Konsumvereinen ist alles getan worden, um die ängstlichen Gemüter zu beruhigen. Es wurden Zirkulare und Bekanntmachungen herausgegeben und zur Besonnenheit ermahnt. Aber trotzdem ist im August doch ein erheblicher Abfluß von Spareinlagen festzustellen. In den folgenden vier Kriegsmontaten haben sich die Abhebungen dauernd ermäßigt, die aus nachstehender Zusammenstellung hervorgeht:

	Einzahlungen Mk.	Auszahlungen Mk.	Saldo Mk.
Juli	227 027	262 511	4 805 826
August	157 976	418 236	4 547 643
September	51 744	186 558	4 463 744
Oktober	149 963	176 027	4 426 869
November	106 514	112 700	4 421 648
Dezember	155 881	216 640	4 349 141
	847 505	1 372 672	
	Mk.	Mk.	Mk.
Juli	222 167	145 736	3 826 543
August	185 395	86 181	3 928 350
September	174 192	102 831	4 002 925
Oktober	289 071	176 571	4 108 580
November	181 270	82 854	4 208 771
Dezember	212 283	218 509	4 203 592
	1 258 368	812 682	

Bei einem Bestande von bald 5 Millionen Mark haben die Sparkassen in den fünf Kriegsmontaten um 456 000 Mark ermäßigt. Ein nicht unerheblicher Teil dieses Betrages fällt aber auf Abhebungen, die von Gewerkschaften und Vereinen verschiedener Art gemacht worden sind. Diese Organisationen benötigen die hinterlegten Beträge zur Auszahlung von Beihilfen und Unterhaltungen. In einzelnen Vereinen sind auf diese Weise erhebliche Summen zurückgekehrt, die das Gesamtbild natürlich sehr ungünstig beeinflussen müssen.

Unter Berücksichtigung dieser nur angedeuteten kritischen Verhältnisse haben, wie der Geschäftsbericht des süddeutschen Verbandes der Konsumvereine feststellt, die genossenschaftlichen Sparkassen die schwere Zeit unmerklich gut überstanden. Wo die Ansprüche gar zu unübersehbar hervortraten, wurde von den Abkündigungsbestimmungen der Sparordnungen Gebrauch gemacht. Nur in wenigen Vereinen war ein unregelmäßiger Ansturm auf die Kassen zu beobachten. Und auch in diesen Fällen waren die erregten Gemüter bald zu beruhigen. Der Stand der Sparkassen der Konsumvereine ist jedenfalls sehr befriedigend. Einen überzeugenden Beweis für das unerschütterte Vertrauen, das diese Sparanstalten in den Mitgliederkreisen besitzen, bildet wohl die Tatsache, daß in den Kriegsmontaten August bis Dezember 1914 die beträchtliche Summe von 620 000 Mark als Spareinlagen neu eingelegt worden ist. Im gesamten Verbande betrugen Ende 1914 die Spareinlagen und Anleihen 5 393 391 Mark, die Kassen- und Postguthaben der Vereine 6 647 672 Mark.

Die Spareinlagen sind also in sehr reichlichem Maße zur verfügbaren Betriebsmittel gedeckt.

Orden und Ehrenzeichen.

Über die mit einigen militärischen Ordensauszeichnungen verbundenen Geldbezüge werden fortgesetzt, auch durch die Presse, falsche Mitteilungen verbreitet. Die folgende Zusammenstellung, die auf amtlichem Material beruht, wird über manche an uns gelangende Irrungen Aufklärung geben:

Die Inhaber des preussischen Militärverdienstkreuzes bekommen monatlich 9 Mark, die des preussischen Militär-Ehrenzeichens erster Klasse 8 Mark. Die Inhaber des bayerischen Militär-Verdienstkreuzes (Tapferkeitsmedaille) in Gold beziehen 12 bis 30 Mark monatlich, je nach Rang des Inhabers als Gemeiner, Unteroffizier oder Feldwebel. Die Inhaber der silbernen bayerischen Militär-Verdienstmedaille beziehen entsprechend 6, 12 und 18 Mark. Die von 1802 ab verliehenen (Tapferkeits-) Medaillen sind — ohne Unterschied der Dienstgrade — mit 10 oder 5 Mark verknüpft, je nachdem die Medaillen in Gold oder Silber verliehen wurden. An Inhaber des bayerischen Militär-Sanitäts-Ehrenzeichens wurde der Militär-Sanitätsorden gestiftet. Mit dem Befehl des

Ordens sind für bayerische Inhaber lebenslängliche Zulagen verbunden, die bei der ersten Klasse 600 Mark, bei der zweiten Klasse 300 Mark jährlich betragen.

Auch die bayerischen Militärauszeichnungen sind mit einer lebenslänglichen Rente verbunden. So beziehen der Kommandeur des bayerischen Militär-Verdienstkreuzes 28,57 Mark, die Ritter 14,28 Mark, die Inhaber der bayerischen goldenen Militär-Verdienstmedaille 14,28 Mark, der silbernen 2,14 bis 10,28 Mark. An die Inhaber des medienburgischen Verdienstkreuzes zweiter Klasse werden 3 Mark monatlich bezahlt, während das braunschweigische Dienstkreuz erster Klasse mit einer Rente von 3 Mark, zweites Klasse mit 1,50 Mark, die hessische Tapferkeitsmedaille mit 8,75 Mark und die hessische Tapferkeitsmedaille mit 9,89 Mark verbunden ist.

Das Eisene Kreuz, das im Kriege von 1870/71 erworben wurde, schloß eine Ehrengelohn von 3 Mark für alle Grade vom Feldwebel abwärts in sich, wenn das Kreuz erster Klasse verliehen wurde, in der zweiten Klasse nur dann, wenn der Inhaber zugleich das preussische Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse oder eine diesem gleichwertende militärische Dienstauszeichnung besaß. Die Inhaber des Eisernen Kreuzes erster Klasse, die gleichzeitig das Eisene Kreuz zweiter Klasse und das preussische Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse oder eine diesem gleichwertende militärische Dienstauszeichnung besaßen, erhielten eine Ehrengelohn von zusammen 6 Mark monatlich. Als Dienstauszeichnung, die dem preussischen Militär-Ehrenzeichen zweiter Klasse gleichwertend ist, gilt das bayerische Militär-Verdienstkreuz, dann die bayerische goldene oder silberne Militär-Verdienstmedaille.

Schulreformen in — Mannheim. Der Mannheimer Stadtrat hat nach den Anträgen der Schulkommission u. a. beschlossen, die dort bestehende Arbeitsschule auszubauen. Die aufgelösten (bisher kombinierten ersten und zweiten Klassen) werden im Einverständnis mit dem bayerischen Unterrichtsministerium in dem Sinne Reform- oder Versuchsklassen, daß die Technik der sogenannten Nebungsächer des Lesens, Schreibens und Rechnens zugunsten eines wirksameren Anschauungs- und Beobachtungsunterrichts in Verbindung mit ausgiebiger Handarbeit zurücktritt, jedoch nur soweit, daß auch in diesen Klassen die im allgemeinen Unterrichtsplan vorgeschriebenen Ziele im Lesen, Schreiben und Rechnen erreicht werden. In Schulhausneubauten ist ein Naturkundejaal in Verbindung mit den Schülerwerkstätten in Größe eines Klassenjaals vorgesehen. Die Schulzimmer in Neubauten erhalten folgende Aenderungen: Die der Fensterwand gegenüberliegende Wand der Klassenzimmer und Zeichenäle wird als sogenannte Tafelwand eingerichtet (abnehmbare Flächen dunkelgrünen Linoleums in Holzrahmen zum Schreiben und Zeichnen); an Stelle der Stativtafel wird eine zusammenklappbare Wandtafel angebracht; an der ganzen Hinterwand des Klassenzimmers wird ein Wandschrank eingerichtet; an Stelle der bisherigen schmalen zweiflügeligen Schranktüren mit nach außen gebenden verschließbaren Flächen treten; wegen Ausgestaltung der Schulbank zur Arbeitsbank sind zunächst die im Gange befindlichen Versuche abzuwarten; in den Schulzimmern sind Wasserapfeln zur Waschlösung vorgesehen. Auch der Schulhof soll den Zwecken der Veranschaulichung dienlich gemacht werden, so beispielsweise durch Anbringung eines Wetterhäuschens. In der Kindergartenfrage soll ein Anfang mit Schulkindergärten für schulpflichtige, aber noch nicht schulpflichtige Kinder gemacht werden. Ob dabei auch Kinder in Betracht kommen können, die noch nicht schulpflichtig sind, soll noch näher geprüft werden. Die Anregung auf Einführung pädagogischer Vorlesungen an der Handelshochschule für die gesamte hiesige Lehrerschaft soll eine nähere Prüfung nach der Richtung erfahren, wie sie sich ohne Errichtung eines besonderen Lehrstuhls für diesen Zweck der Wissenschaft am besten verwirklichen ließe.

Lebensmilde. Ein am Dambachal wohnendes, etwa 20 Jahre altes Mädchen hat sich am Samstag einen Schuß in die linke Brust beigebracht. Die Lebensmilde ist schwer, aber nicht tödlich verletzt. Sie wurde dem städtischen Krankenhaus zugeführt.

Die Hundesperre ist wieder verhängt. In der Gemeinde Sonnenberg wurde vor kurzem bei einem Hunde Tollwutverdacht festgestellt. Aus diesem Grunde hat die Kgl. Polizeidirektion für den Stadt- und Polizeibezirk Wiesbaden zunächst auf die Dauer von 3 Monaten, das ist bis zum 6. August, die Hundesperre angeordnet.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Diebisch, 15. Mai. (Ausschreibung der Allgemeinen Ortskrankenkasse.) In der Sitzung waren außer dem Vorstand 8 Vertreter der Arbeitgeber und 15 Vertreter der Arbeitnehmer. Zum Vorsitzenden wurde August Seich (Steinbauernmeister) einstimmig gewählt. Als Beisitzer ernannte er die Herren Adolf Treber (Arbeitnehmer) und Postinspektor Wiegand (Arbeitgeber), als Schriftführer Herrn Simioben (Arbeitnehmer). Den Jahresbericht erstattete in ausführlicher Weise der Geschäftsführer Grober. Der Mitgliederbestand betrug zu Beginn des Geschäftsjahres 3181, gegen 3319 des Vorjahres. Der Krankenstand ist normal. An Gesamtbeiträgen gingen ein 176 168,44 Mark. Das Arzthonorar betrug 25 419,54 Mark. Die Zahnärzte und Dentisten erhielten 4340,12 Mark. Für Arznei- und Heilmittel wurden ausgegeben 11 265,97 Mark gegen 17 049,38 Mark im Vorjahre, somit 5783,41 Mark weniger. Das Krankengeld erreichte die Höhe von 69 626,12 Mark für Hauskranke. An Krankenhäuser wurden 32 910,37 Mark Belegkosten bezahlt. Die persönlichen Verwaltungskosten betrugen 14 438,19 Mark. Dem Reservefonds wurden im Berichtsjahr 9978,90 Mark überwiesen. Die Gesamteinnahmen betrugen demnach 234 646,19 Mark, die Ausgaben 233 006,55 Mark. Den Bericht der Rechnungsprüfer gab Herr Treber, der zu Beanstandungen keinen Anlaß gab. Die Aenderung der Dienstordnung, die eine wesentliche Erhöhung der bestehenden Gehälter vorsah, wurde auf Antrag Obligatorisch bis nach dem Kriege zurückgestellt; desgleichen die Aenderung der Kassenstatuten, die auf Veranlassung des Oberversicherungsamtes eine Neuordnung der Familienversicherung vorsieht. Anträge lagen nicht vor. Unter Mitteilungen wurde gemeldet, daß von den Beamten der Kassenleistungen den Mitgliedern gegenüber loyal gehandelt werden.

Aus den umliegenden Kreisen.

Wahlkreis-Höchst-Homburg-Üdingen.

In Griesheim a. M. fand gestern die Generalversammlung des Wahlkreises Höchst-Homburg-Üdingen statt. Der Arbeitergesangsverein „Hoffnung“ (Griesheim) begrüßte die Delegierten mit den Chören „Der Menschheit Erwachen“ und „Muttertag“, die recht wirkungsvoll zum Vortrag gebracht wurden. Darauf trat der Vorsitzende der Filiale Griesheim, Genosse Weber, das Wort, der mit einem Hinweis auf den tosenden Weltkrieg die wirtschaftlichen und kommunalen Verhältnisse seines Heimatortes schilderte und ein lebendiges Bild der Entwicklung der politischen Organisation entwarf. Im übrigen wünschte er der Kriegsgewinnung des Wahlkreises den besten Erfolg.

Darauf eröffnete der Vorsitzende Genosse Specht (Höchst) die Konferenz, zugleich mit bewegten und zu Herzen gehenden Worten der über hundert gefallenen Kämpfer gedenkend, zu deren Ehre die Versammlung sich von ihren Plätzen erhoben hatte.

Im Geschäfts- und Kassenbericht führt der Sekretär Genosse Walter aus, daß nach der letzten Wahlkreisversammlung die tätigen Genossen beträchtlich gewachsen seien, friedliche Organisationsarbeit zu leisten, um die Vorarbeiten für die langsame heranrückenden Reichstagswahlen zu treffen. Das zweite Quartal brachte auch einen gewaltigen Aufschwung; die „rote Woche“ zeigte ein hocherfreuliches Resultat. Da brach plötzlich der Weltkrieg herein, der in den ersten Wochen eine Fülle von Arbeit brachte, da die Geschäfte in den Filialen geregelt werden mußten. Wenn die Genossen in einzelnen Orten zunächst mit den Maßnahmen des Kreisvorstandes bezüglich der Geldgeber usw. sich nicht einverstanden erklärten, konnten, so hat sich die Zustimmung jetzt allorts gelegt. Organisatorisch berichte in den ersten Kriegsmontaten über all große Stille; selbst die großen Filialen machten keine Ausnahme. Später änderte sich das Bild. Die Unterhaltung der Angehörigen der Kriegsteilnehmer wurde in zwei Vertrauensmännerversammlungen besprochen; im Sinne der dort gefaßten Resolution haben die Genossen, die als Stadträte oder Gemeindevorsteher in Frage kommen, wohl ihre Pflicht erfüllt; dagegen haben ihre Pflicht nicht erfüllt eine große Zahl zurückgebliebener Genossen, die einfach die Fäden hängen lassen. Im Anfang war das Verhältnis zu den Zeitungsleitungen sehr schlecht, und erst in den letzten Wochen ist eine kleine Besserung eingetreten. Nicht immer können die teuren Lebensmittelpreise als Entschuldigung gelten. Der Stand der Organisation ist folgender: 9 Filialen sind vollständig eingegangen, 20 Filialen abgetrennt so dahin und eine ist infolge eingegangener (Mengen), weil sämtliche Mitglieder zur Fahre mußten. Das ist sehr bedauerlich. Noch schwerer liegt es aber, daß in einzelnen Orten der Umhang der „Gleichheit“ sehr bedenklich zurückgegangen ist. Erfreulich ist, daß die Jugendbewegung merkwürdig Fortschritte in der Zahl der Abonnenten für die „Arbeiter-Jugend“ macht; ja in einzelnen Orten beginnt man sich erst seit dem Kriege für die Jugendbewegung zu interessieren. Die gesamte Mitgliederzahl beträgt jetzt noch 1811, im Jahre 1900 über 61 Prozent, als Verlust gebucht müssen leider werden eingeleitete 950 Mitglieder und geflossen sind, wie bei der Eröffnung schon gesagt wurde, 100 Genossen, unter denen sich manche Genosse befindet, der sich um die Entwicklung der Parteiorganisation große Verdienste erworben hat. Aufgabe der Zurückgebliebenen mußte es daher sein, rasch die entstandene Lücke wieder aufzufüllen. In Berücksichtigung der außerordentlichen Situation konnte man eigentlich mit dem Stand der Finanzen zufrieden sein. Würden die rückständigen Beiträge mit Nachdruck eingetrieben, dann würde sich das Verhältnis noch bessern. Die Einnahmen und Ausgaben betragen sich auf 22 902,18 Mark. Wenn also gesagt werden kann, daß der Kreis finanziell verhältnismäßig gut steht, darf aber doch nicht vergessen werden, daß der Reichstagswahlkampf immer näher an uns heranrückt, und daß die nächsten Wahlkämpfe heftig durchgeführt werden, darüber besteht wohl kein Zweifel. Darum muß es unser aller Sorge sein, darauf zu achten, daß wir gerüstet sind. (Beifall.)

In der Diskussion, an der sich eine Anzahl Redner beteiligten, wird von allen die schärfste Beträgung hervorgehoben von denjenigen Genossen, die es eigentlich nicht notwendig hätten, da sie zumeist mehr als in Friedenszeiten verdienen. Dabei wurden auch die teilweise recht schlechten Lebensverhältnisse auf dem Lande hervorgehoben, und schärfte wurde die Auswanderungspolitik der Lebensmittelminderer gekennzeichnet und verurteilt. Eingewiesen wurde ferner darauf, auch in Kriegzeiten das Verhältnismäßige zu pflegen und vor allem darauf zu achten, daß die Verbindung mit den organisierten Frauen nicht verloren geht. Dazu diene das Organ der Frauen, die „Gleichheit“, die trotz oder wegen ihrer prinzipiellen Haltung und der öfteren weichen Stellen gerade den Frauen während der Kriegszeit nur dringend zum Studium empfohlen werden könnte.

Im Schlußwort erläuterte Genosse Walter noch den Stand der Lokalkassen und bemerkte in bezug auf die Ausführungen einiger Diskussionsredner, daß nicht der Mangel an agitatorischen Kräften daran schuld sei, wenn einige Filialen zugrunde gingen, sondern lediglich der Mangel an Opferfreudigkeit der zurückgebliebenen Genossen. Ferner wünschte auch er, daß die Filialen bei der Stellung der „Gleichheit“ an unsere Frauen nicht zu sehr die finanzielle Frage aufwerfen möchten, denn das wäre am unehrenlichsten gespart. Zum Schluß empfiehlt Redner folgende Resolution zur Annahme:

Die am 16. Mai im „Deutschen Kaiser“ zu Griesheim tagende Generalversammlung des Wahlkreises Höchst-Homburg-Üdingen tritt der Ansicht ihres Kreisvorstandes bei, die Stellungnahme zur Kreditbewilligung durch die Reichstagsfraktion so lange zu verschieben, bis auch die im Felde stehenden Genossen am Parteileben wieder teilnehmen können.

Die Versammlung gibt über der flammenden Entrüstung Ausdruck über die nicht mehr zu übersehende Auswanderung des deutschen Volkes durch gewinnstüchtige Verleumdung der Lebensmittel und erwartet von dem am 18. Mai zusammentretenden Reichstag, daß er diesem verbrecherischen Tun sofort Einhalt gebietet.

Von der sozialdemokratischen Fraktion setzt die Versammlung als selbstverständlich voraus, daß sie in dieser Tagung mit allen zur Gebote stehenden Mitteln auf eine ausreichende Volksernährung hinwirkt. Vor allem aber verlangt die Versammlung, daß Parteivorstand und Fraktion so schnell wie möglich Schritte unternehmen, daß in- und außerhalb des Reichsparlamentes eine Friedensaktion eingeleitet wird.

Diese Resolution, sowie der Antrag der Resolutionen auf Entlastung des Kassierers wurden einstimmig angenommen.

Den Bericht der Prekommission erstattete Genosse Sieling. Redner schildert, welche Aufgaben die Prekommission bei Ausbruch und während des Krieges zu erledigen hatte, und streift dabei, wie auch der Krieg auf das Inneren und den Abkommenstand der „Volksstimme“ einwirkte. Dann bespricht er eingehend die Differenzen in der Prekommission und betont, daß auf der diesmaligen Generalversammlung die politische Reduktion nicht vertreten ist.

Genosse Specht referiert über die Verhandlungen in der Adler-Kommission, die vom erweiterten Agitationskomitee zur Schlichtung des Konflikts, der zwischen dem Frankfurter Wahlkreis und den anderen dem Bezirk zugehörigen Wahlkreisen wegen der Pressefrage entstanden war. Er empfiehlt nachdrücklich, die dort gefaßten Beschlüsse, die auch im erweiterten Agitationskomitee, das am Samstag tagte, mit harter Mehrheit zur Annahme gelangten.

Die Diskussion war sehr lebhaft. Gründe und Gegengründe wurden erörtert; aber durch alle Reden zog es sich wie ein roter Faden, nun endlich mit diesen Freherklärungen Schluß zu machen.

Schließlich wurde, nachdem eine von Genossen Walter eingebrachte und von einigen Genossen unterstützte Resolution, die behauptet, daß am Samstag einige Änderungsanträge nicht zur Annahme gelangten, keine Mehrheit fand, folgende Entschließung gegen 4 Stimmen angenommen:

Die heutige Kreis-Generalversammlung erklärt sich mit den Verhältnissen der Adler-Kommission in Sachen Regelung der Presseverhältnisse der „Volksstimme“ in Frankfurt a. M. einverstanden. Die Zugeständnisse bedeuten ein großes Entgegenkommen an die Frankfurter Organisation, und die Kreis-Generalversammlung erhofft dadurch den Frieden und die Einigung der Parteigenossen im Agitations- und Verbreitungsgebiet unseres Bezirks.

Die Wahlkreise wurden infolge erledigt, als im Kreisvorstand die freigeordneten Sitze durch die Genossen Benzler (Höchst) und Stadler (Homburg) besetzt wurden. Neben dem Genossen Specht wird, da Genosse Sieling eine Wiederwahl ablehnt, Genosse Biene (Höchst) den Kreis in der Prekommission vertreten. Die alten Rev.

jetzen werden wiedergeburt. Die kommende Bezirkskonferenz wird durch die Genossen Schwarz (Oberursel), Breme (Hödelheim), Schwarz (Hödelheim), Zeling und Ribbach (Hödelheim), sowie die Genossen Siegfried (Ried), Schweig (Hödelheim) und Ernsthaus beistehen.

Auf der Konferenz waren vertreten 20 Präzidenz durch 44 Delegierte; ferner sind anwesend die noch nicht zum Seereschied einberufenen Kreisvorsitzenden und Kreiskommissionsmitglieder, die Delegierten der Kreisrat der Bezirks Frankfurt a. M. und die „Volksstimme“ durch die Genossen Hammer und Heinsich. Genosse Bräune kann wegen der kommenden Reichstagsführung nicht anwesend sein.

Angenommen wird nach folgender Antrag:

Die Präzidenz wird aufgefordert, schleunigst eine Umfrage zu veranstalten, welchen Frauen die „Gleichheit“ zugesandt werden soll. Im Falle der Bedürftigkeit ist die „Gleichheit“ gratis zu liefern. Eventuell notwendige Mittel sind vom Kreisvorstand bereitzustellen.

Ferner wird beschlossen, für die Folge auch die politische Redaktion durch den Kreisvorstand zur Kreis-Generalversammlung einzuladen.

Darauf wurde die Generalversammlung gegen 1/2 8 Uhr geschlossen.

Hannau, 17. Mai. (Brotabschlag bei der Vangenselbold-Hannauer Konsumgenossenschaft.) Nachdem seit der Rentabilitätsberechnung für die Monate März und April der Konsumvereinsabschluss vorliegen und einen guten Abschluss zeigten, hat die Verwaltung in ihrer gestrigen Sitzung sofort beschlossen, den Brotpreis von 80 auf 78 Pf. ab Montag den 17. Mai herabzusetzen. Der Verein gewährt fernerhin den Mitgliedern eine Rückvergütung von 6 Prozent, so daß sich das 4 Pfund-Brot jetzt auf circa 75 Pf. stellt, während die Bäder-Innung heute noch ohne jegliche Rabattgewährung für das 4 Pfund-Brot 80 Pf. nimmt. Die Genossenschaft hat die hohe Bedeutung, die dem Brot für die Volksernährung gerade in der jetzigen Kriegszeit zukommt, sofort erkannt und als ihr durch die vielen Verordnungen die Brotaufuhr von auswärtig abgekauften wurde, mit dem 1. März ihre eigene Bäckerei in Großhauheim, die bekanntlich am 1. Juli 1914 mit der Verschmelzung des Großhauheimer Konsumvereins übernommen wurde, eröffnet. Sie ist dabei nicht schlecht gefahren. Im Monat März wurden 3606,5 Brote, im April 4872,5 Brote gebacken. Ueber die Selbstmühseligkeit des Kriegsbrotens der Genossenschaft hört man nur ein Lob. Nach den gemachten günstigen Erfahrungen der Genossenschaftsbäckerei ist es einfach verständlich, daß die Hannauer Bäder-Innung im Februar den Brotpreis auf 90 Pf. für 4 Pfund hinaufschrauben konnte. Die „Volksstimme“ hat ja damals sofort diese Preistreiber als Brottreiber gebrandmarkt, worauf schon nach fünf Tagen weil auch das Land den Bader nicht mitmachte, der Preis durch die Behörden auf 80 Pf. herabgesetzt werden mußte. Auch dieser Preis von 80 Pf., das sind 7 Pf. mehr, wie der neue Preis der Genossenschaft, läßt sich in keiner Weise mehr rechtfertigen, und ist ausserprozentrechnen eine Benachteiligung der Konsumenten. Also die vielangekündigte Vangenselbold-Hannauer Konsumgenossenschaft ist es, die im hiesigen Bezirk in der Frage des Brotpreises die Führung übernommen hat und nicht nur in Worten, sondern auch tatsächlich für eine weitere Herabsetzung des Preises wirkt. Sobald das Mehl durch die Stadt an die Bäckerei für 37 Mark geliefert werden kann, wird die Genossenschaft eine weitere Reduzierung des Brotpreises vornehmen. Auch sonst hat sich die Genossenschaft während des Krieges im hiesigen Wirtschaftsgebiet außerordentlich bewährt. Es kann gesagt werden, daß die Mitglieder des Konsumvereins hauptsächlich zu Anfang des Krieges, als eine Anzahl Geschäftsleute durch wucherische Preistreiber die Konsumenten zu schöpfen suchten, in ihrer Genossenschaft einen treuen Rückhalt fanden. Auch während der ganzen bisherigen Dauer des Krieges hat die Hannauer Konsumgenossenschaft für die Tendenz zum Ausbruch gebracht, ihre Mitglieder — soweit es in ihren Kräften steht — vor erheblichen Preistreiberungen zu bewahren. Eine solche Geschäftsprognose muß ihr auch für die Zukunft die Sympathie der Mitglieder sichern. Darin liegt zu gleicher Zeit auch die Gewähr, daß die Genossenschaft auch den Krieg mit seinen furchtbaren wirtschaftlichen Folgen kraftvoll überdauern wird. Das kommt zum Ausdruck sowohl in der ständigen Mitgliederzunahme, wie auch in der Steigerung des Umsatzes, der im April 67 000 Mark betrug; das sind 18 000 Mark mehr, als im gleichen Monat des Vorjahres. An den Mitgliedern liegt es, dem Verein auch fernerhin die Treue zu bewahren und tätigen Anteil an dem Ausbau der Genossenschaft im hiesigen Bezirk zu nehmen.

Hannau, 17. Mai. (Erhebung von Kanalbenutzungsgebühren.) Das Kanalkontingenter über die Veranlagung zum Wasserentgelt und zu den Kanalbenutzungsgebühren für das Rechnungsjahr 1915 wird vom 18. ds. Mts. ab auf die Dauer von zwei Wochen im Dienstgebäude der Wasserwerksverwaltung, Leipziger Straße 17, Zimmer 6, zur Kenntnis der Gebührenpflichtigen ausgelegt. Wegen die Veranlagung steht dem Pflichtigen binnen einer Ausschlussfrist von 4 Wochen der Einspruch an den Magistrat zu. Die Frist beginnt mit dem ersten Tag nach der Auslegung. Es wird darauf hingewiesen, daß Änderungen im Wasserbezugs infolge Wohnungswechsels oder einer Änderung des Mietwertes, sowie das gänzliche Aufhören der Wasserentnahme sofort unter Benutzung eines in der Wasserhausdruckerei und in dem Bureau des Wasserwerkes erhältlichen Formulars anzugeben sind.

Bab-Ork, 17. Mai. (Das Rasterungs- und Aushebungsgeheiß) für die Landsturm- und Militärpflichtigen der Stadt Ork findet Mittwoch den 19. Mai, vormittags 8 1/2 Uhr, im Gasthaus „Zur schönen Aussicht“ in Gelnhausen statt. Zu erscheinen haben die unausgebildeten Landsturmpflichtigen der Jahrgänge 1869 bis einschließlich 1874, ferner um 9 1/2 Uhr sämtliche hier wohnhaften wegen geistlicher Untauglichkeit zurückgestellten Militärpflichtigen der Jahrgänge 1886 und ältere. — (Aus den hiesigen Schulen.) Nach den statistischen Feststellungen der Schulbehörde betrug die Gesamtzahl der schulpflichtigen Kinder an den hiesigen Volksschulen 888, und zwar 450 Mädchen und 443 Knaben, an der hiesigen Lateinschule 44.

Wieber (Kreis Offenbach), 16. Mai. (Bodenlojer Reichtum.) Kurz nach der hiesigen Station sprangen aus dem Diebenbader Zuge vor den Augen der entsetzten Zuschauer vier Frauen und zwei Kinder. Alle sechs Personen plumpften in den Graben, ohne den geringsten Schaden zu nehmen. Die Frauen hatten einen falschen Zug bestiegen und ihren Irrtum unmittelbar nach der Abfahrt von Wieber bemerkt, worauf sie in ihrer Aufregung aus dem Wagen sprangen.

Rainz-Kastel, 16. Mai. (Doppelselfmord.) Ein Diebespaar, das in einem hiesigen Gasthause Wohnung genommen hatte, vergiftete sich hier mit Salzsäure. Es handelt sich um einen Bädergesellen und ein junges Dienstmädchen.

Reu-Henrich, 14. Mai. (Aus der Partei.) Die bei dem Genossen Freitag stattgefundene Mitgliederversammlung war schwach besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der gefallenen Genossen in der üblichen Weise gelehrt. Der Rosenbergscher Hand im Zeichen des Krieges. In der Diskussion wurde betont, daß alles darangesetzt werden solle, um eine Besserung herbeizuführen. Den Bericht von der Konferenz in Dieburg gab der Vorsitzende. Er behandelte besonders die Arbeitslosenunterstützung und Kriegsfürsorge. In der Diskussion wurde bemängelt, daß die am Orte Anfangs des Krieges gebildeten Kommissionen (Arbeits- und Unterstützungscommissionen) nicht mehr so oft wie anfangs einberufen werden, und somit die Möglichkeit fehle, etwaige Beschwerden im Ausmaß vorzubringen. Durch diesen Um-

stand haben zwei bis drei Personen über die Unterstützungsnotwendigkeit allein zu entscheiden. Auch wurde erwähnt, es werde bei der Fürsorge der Bürgerrieden nicht gewährt, indem dort indirekt für den Christlichen Heimarbeiterrinnen-Verband Propaganda gemacht würde. Im weiteren wurde eine Versammlung mit auswärtigen Referenten und zeitgemäßer Tagesordnung gewünscht. Dieses wurde dem Vorstand überwiesen.

Marburg, 15. Mai. (Explosion.) In der glastech-nischen Werkstatt von Robe explodierte auf bisher unaufgeklärte Weise ein Benzinmotor. Zwei Arbeiter erlitten dabei schwere Verletzungen, so daß sie sofort in die Klinik überführt werden mußten.

Aus Frankfurt a. M.

Gemüsebau während des Krieges. Zu den vielen Beschwerden, die schon erschienen sind und die Rückschlüsse über Volksernährung, Gemüsebau und anderes geben, ist eine neue gekommen, die den Zweck verfolgt, den Gemüsebau in systematischer Weise zu pflegen. Wie man zum Ziel gelangt, wie ein Anbau dem anderen zu folgen hat, wie der Gemüsegarten zu jeder Zeit im Jahre bestellt und gepflegt werden muß, das lehrt kurz, klar und überzeugend die kleine Schrift *Der Gemüsebau während des Krieges*, von der jetzt das 9. bis 13. Tausend zur Ausgabe gelangt. Sie ist eine Anleitung zur Erzielung höchster Gemüseerträge im Haus- und Kleingarten. (Verlag von Paul Parey, Berlin SW. 11, Seidenmannstraße 10 und 11. Preis 60 Pfennig.) Auch über den Krieg hinaus hat das Büchlein für jeden Kleingärtner praktischen Wert.

Der Pfingsturlaub des Militärs. In diesem Jahre wird den Soldaten nur ein ganz kurzer Pfingsturlaub gewährt, der vom Freitag den 21. Mai mittags bis zum Pfingstdienstag dauert. Der Urlaub erfährt eine weitere Einschränkung insofern, als unter keinen Umständen mehr als 25 Prozent der Unteroffiziere und Mannschaften Urlaub erhalten. Die Maßnahmen hängen mit dem zu erwartenden starken Reiseverkehr des Publikums während der Pfingsttage zusammen.

Frankfurter Säuglingsfürsorge. Die ordentliche Mitglieder-versammlung des Frankfurter Verbandes für Säuglingsfürsorge fand am 14. Mai statt. Der Vorsitzende Sanitätsrat Dr. Wobben erstattete den Jahresbericht. Die von dem Verband in Gemeinschaft mit der Volksbörse veranstaltete Ausstellung „Mutter und Kind“ wurde von 12 000 Personen besucht. Der Besuch der Beratungsstellen hat sich auf 5266 gegen 4611 im Vorjahr gehoben. Ein Vertrag mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse übertrug dem Verbande die Stillausweise, auf Grund deren die durch die Reichsversicherungsordnung vorgeschriebenen Stillprämien von der Kasse ausgezahlt werden. Die Stillstellenvermittlung auf der Geschäftsstelle Gröber Gröberstraße 21 vermittelte 400 Stellen gegen 260 im Vorjahr. Die Gesamterlöse des Betriebs beliefen sich auf 30 554 Mark. Die Gesamterlöse der Säuglinge in Frankfurt a. M. betrug 10,3 Prozent gegen 10,2 Prozent im Vorjahr. Die Sterblichkeit der in den Beratungsstellen beobachteten Säuglinge 4,1 Prozent gegen 3,9 Prozent im Vorjahr. Der Verband behält seine Fürsorge im Sommer 1914 auch auf die Kinder im zweiten Lebensjahre aus. Das Vermögen des Verbandes ging von 33 917 Mark auf 27 078 Mark zurück. Bei dem Mangel an Schwestern und Ärzten im Kriegsjahr traten in aufopfernder Arbeit Hebammen und freiwillige Helferinnen ein. An Stelle des wegen Überbelastung mit Geschäften ausbleibenden Herrn Emil L. Heidenheimer wurde Herr Paul Fulda als Kassierer gewählt.

Verwegener Diebstahl. Am Freitagabend wurde in den Adlerwerken ein ganz raffinierter Diebstahl ausgeführt. Auf Grund gefälschter Einlasskarten verschafften sich mehrere Personen Zutritt zu einem Magazin und stahlen aus diesem einen Lastkraftwagen und eine große Anzahl Automobilzubehöre im Gesamtwerte von annähernd 30 000 Mark. Die Diebe, die zweifellos mit den Diebstahl-leuten genau vertraut sind, konnten noch nicht ermittelt werden.

Briefkasten der Redaktion.

An mehrere Landstürmer. Die Sache hat ihre Wichtigkeit. Sämtliche bei den Ersatztruppenteilen usw. vorhandenen unausgebildeten Landsturmpflichtigen ersten Aufgebots, die über 35 Jahre zählen, also im Jahre 1879 und vor dem geboren wurden, sind von den betreffenden Truppenteilen zu entlassen. Die Mannschaften müssen sich jedoch sofort bei ihrem zuständigen Bezirkskommando melden. Die Leute kommen eventuell erst dann wieder zur Einstellung, wenn ihre Jahresklasse zur Eingehung kommt.

Roth Klein-Schmalbach. Vorstehende Erklärung trifft auch für Sie zu. Sie dürfen inzwischen entlassen sein. — Ihre Frau hat Unterstützung vom Tage Ihrer Einberufung an zu beantragen, in diesem Falle vom 25. März an und nicht erst vom 1. April an.

Briefkasten der Expedition.

L. O. Nach auswärts kostet die „Volksstimme“ durch die Post 84 Pf. monatlich.

Ausreichende Getreidevorräte.

Eine amtliche Mitteilung legt dar, daß die Getreidevorräte mehr als ausreichend sind, um den Brotbedarf bis zur neuen Ernte zu decken. Selbstverständliche Voraussetzung dieser Feststellung war und ist, daß die Vorräte des Getreides, wie sie seit Anfang dieses Jahres in allen Teilen des Reiches durchgeführt worden ist, im wesentlichen beibehalten wurden. Von Wichtigkeit ist indes, daß die Weizen-vorräte nahezu ebenso groß sind, wie die Bestände an Roggen, während man noch vor wenigen Monaten der Ansicht sein mußte, daß sehr viel weniger vorhanden sei als Roggen. Ein Grund dieser auffälligen Erscheinung liegt darin, daß das Heer ausschließlich Roggen verbraucht. Ferner hat sich die Bevölkerung so entschieden dem Roggenverbrauch zugewandt, daß die Weizenbestände nur wenig in Anspruch genommen worden sind. Es ist daher jetzt nicht mehr unangemessen, Weizenbrot zu essen, sondern es kann damit begründet werden, wenn der Verbrauch sich — immer in der gebotenen Beschränkung — mehr dem Weizen zuwendet. Darum hat die R. G. auch den Weizen-Mehlpreis erheblich stärker heruntergesetzt als den Preis für Roggenmehl. Inwiefern ist es notwendig, darauf zu verzichten, größere Mengen Mehl zu kaufen zu verarbeiten.

Telegramme.

Die Lage in Italien.

Lugano, 17. Mai. (D. D. P.) Es verlautet, Salandra wolle mit einem erweiterten Ministerium vor die Kammer treten und einige Minister ohne Portefeuille aufnehmen. Man nennt Bisolati, Bazzoli und einige andere entschiedene Interventionisten. Es ist fraglich, ob angesichts des Orkans im Lande die Giolitti-Partei überhaupt eine parlamentarische Aktion unternehmen wird. Der „Secolo“ und die übrigen Kriegsblätter jubeln. Der „Corriere della Sera“ bezeichnet den Krieg heute als unerlässlich, weil sonst noch 10 Monaten Heer und Flotte rebellieren würden. Ueberall finden Kundgebungen für den Krieg statt. Weitere

Kriegsstimmungen werden auf dem ganzen Lande registriert, zumal aus Florenz. In Rom beschlossen auch die Professorenkollegien der künftlichen Hochschulen, Handelskammern, die Antiquaratsgesellschaft, Vereine der Bahner, der Postbeamten, der Ärzte und Rechtsanwältinnen und sämtliche Beamtenkategorien die Zustimmung zum Kriege. Die Vorkämpfer der Zentralmächte sind in Truppenmengen umgeben. Es werden auch Kämpfe gegen den angeblich deutsch- und österreichisch-freundlichen Papst befürchtet. Die deutsche Botschaft in Rom demontiert die Nachricht italienischer Plätter, wonach Deutschland den Transport von Kohlen nach Italien eingestellt habe. Der Transport von Kohlen aus Deutschland nach Italien habe während des ganzen Krieges keine Unterbrechung erfahren und dauere fort wie bisher.

Die „Köln. Volkszeitung“ meldet aus Lugano: dem Tumult am gestrigen Abend wurde der in Rom wohnende deutsche Reichstagsabgeordnete Erzberger im Automobil mit Steinen beworfen.

Zur Tagung des Reichstags.

Berlin, 17. Mai. Der Reichstag tritt morgen nachmittag 2 Uhr zusammen und wird sich voraussichtlich spätestens am Mittwoch bereits wieder vertagen, weil Beratungsmaterial größeren Umfangs nicht vorliegt. Den von der Budgetkommission aufgestellten Richtlinien über die Hinterbliebenenversorgung dürfte eine größere Debatte zugeführt werden. Das Stiefkindgesetz wird in der Kommission nicht fertiggestellt werden und folglich das Plenum vorläufig nicht beschäftigen. Der Entwurf einer Einschränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzins-erhöhungen wird ebenfalls keine großen Schwierigkeiten bieten. Rechnet damit, daß der Reichstag bald nach Pfingsten ein- und einmal zusammen tritt.

Neue Dardanellenkämpfe.

Konstantinopel, 16. Mai, 8 Uhr 5 Min. abends. (W. Reichamtlich.) Das türkische Hauptquartier meldet: An der Dardanellenfront bei Ari Burnu unternahmen drei türkische Bataillone mit Genietruppen gestern früh gegen die Engländer unsere rechten Flügel wiederholte Angriffe, durch-wir überrascht werden sollten. Die Feinde wurden jedoch mit Verlusten zurückgeworfen und durch unsere Gegenangriffe bis in ihre Hauptstellungen getrieben. Wir zählten 300 tote Feinde in der Umgebung dieser Stellungen. Der Gesamtverlust des Feindes bei den Angriffen beläuft sich auf 1500 Mann. Wir erbeuteten 200 Gewehre und eine Menge sonstigen Kriegsmaterials. Unsere eigenen Verluste sind verhältnismäßig sehr gering. Feindliche Schiffe beschossen gestern erfolglos unsere Batterie am Eingang der Meerenge. Die Batterien feuerten ihrerseits heftig auf die feindlichen Schiffe von Sedd il Bahr. Drei Geschosse trafen das türkische Panzerschiff „Wengane“. Unsere Flieger warfen mit Erfolg Bomben auf den bei Sedd il Bahr stehenden Feind.

Wiesbadener Theater.

Kesseld-Theater.

Montag, 17. Mai, 7 Uhr: „Als ich noch im Flügelkleide“. Dienstag, 18. Mai, 7 Uhr: Kammermusikabend: „Die einsame Bräut“. Mittwoch, 19. Mai, 7 Uhr: „Die spanische Fliege“. Donnerstag, 20. Mai, 7 Uhr: „Maria Theresia“. Freitag, 21. Mai, 8 Uhr: Letzte Volksvorstellung: „Staatsschank Alexander“. Samstag, 22. Mai, 7 Uhr: Neu einstudiert! „Freund Fritz“.

Königliches Theater.

Montag, 17. Mai, 6 1/2 Uhr: „Götterdämmerung“. Dienstag, 18. Mai, 7 Uhr: „Johann Sebastian Bach“. V. Symphonie in C-moll von Beethoven. Mittwoch, 19. Mai, 7 Uhr: „Figaros Hochzeit“. Donnerstag, 20. Mai, 7 Uhr: „Gogge und sein Ring“. Freitag, 21. Mai, 6 1/2 Uhr: „Lobengrin“.

Allgem. Ortskrankenkasse Wiesbaden.

Gemäß § 88 Abs. 1 der Satzung werden die Vertreter der Arbeitgeber und Versicherten des Ausschusses der Arbeitstag den 18. Mai ds. Js., abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saale „Zur Wartburg“, Schulbacher Straße 51, stattfindenden

Ordentlichen Ausschuss-Sitzung

eingeladen. Als Ausweis für die Berechtigung zur Teilnahme an der Sitzung ist die demnächst zugehende Wahlkarte an dem Saaleingange abzugeben.

Tagesordnung:

1. Neuwahl a) eines Vorsitzenden, b) zweier Stellvertreter.
2. Verlesung des Protokolls der letzten Ausschuss-Sitzung.
3. Annahme der Rechnung des Vorjahres.
4. Genehmigung des Apothekervertrages.
5. a) Antrag des Vorstandes auf Gewährung von Walderholungsstätten-Pflege.
b) Festlegung des an dem Krankengeld in Abzug zu bringenden Vertrages zu den Verpflegungskosten in der Walderholungsstätte.
6. Eventuelle Anträge.
7. Sonstiges.

Um vollständiges und pünktliches Erscheinen wird wegen der Wichtigkeit der zur Verhandlung stehenden Punkte höflichst gebeten.

Wiesbaden, den 5. Mai 1915.

Der amtlich bestellte Vorsitzende des Ausschusses:
August Jodel.

Gewerkschaftshaus Wiesbaden

Wellritzstr. 49. (Zentralherberge) Wellritzstr. 43.
Billige Speisen und Getränke.

Regelbahn und angenehme Aufenthaltsräume. Galt sich allen Freunden sowie auswärtigen Gewerkschaften und Vereinen bei Ausflügen bestens empfohlen.